

Gewerkschaftliche Verantwortung in der Außenpolitik

Auch für die Beziehungen zwischen gewerkschaftlicher Tätigkeit und der Außenpolitik gilt, daß die Gewerkschaften ihr Gewicht und ihre Stärke nur im Rahmen übersichtbarer und begrenzter Aufgabenstellungen wirksam zur Geltung bringen können. Dieser banal scheinende Satz enthält leider eine Problematik, die um so schärfer empfunden wird, je mehr auch die Erfüllung der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben im engeren Sinne von der Außenpolitik her beeinflußt wird. Das ist besonders in den Ländern der Fall, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und in denen daher die gewerkschaftliche Arbeit an sich schon erschwert ist. Zu diesen Ländern gehört auch die Bundesrepublik. Bei jedem Lohnkampf operiert daher der Gegner gern mit dem Hinweis auf die Export- und Devisensituation, die ja stets zu einem größeren oder geringeren Teil außenpolitisch bedingt ist. Der Marshallplan oder die verschiedenen Pläne zur Entwicklung wirtschaftlich schwächerer Länder sind Beispiele für den unmittelbaren Einfluß außenpolitischer Maßnahmen und Zusammenhänge auf die gewerkschaftlichen Möglichkeiten und die Gewerkschaftspolitik.

Aber nicht darin, daß die Gewerkschaften bestimmte außenpolitische Gegebenheiten in ihrer Taktik und ihrer jeweiligen Zielsetzung in Rechnung stellen müssen, liegt die Schwierigkeit. Das gehört vielmehr zum eisernen Bestand gewerkschaftlicher Politik von alters her. In zunehmendem Maße sehen sich jedoch die Gewerkschaften gezwungen, selber gestaltend und richtungweisend auf die Außenpolitik einzuwirken. Daraus ergeben sich noch schwerwiegendere Komplikationen als aus der unumgänglichen gewerkschaftlichen Einwirkung auf die Innenpolitik. Handelt es sich bei dieser im allgemeinen um Fragen, deren Tragweite von den Gewerkschaftsmitgliedern einigermaßen übersehen werden kann, so kann man dasselbe kaum von außenpolitischen Fragen behaupten, auch

wenn diese unmittelbare Auswirkungen auf die Lage der Arbeitnehmer haben. Gerade im Zeichen des kalten Krieges, unter dem seit Kriegsende die gesamte Außenpolitik steht, werden alle außenpolitischen Entscheidungen emotional aufs schwerste vorbelastet. Die *Montanunion* und die *EVG-Verträge* sind die markantesten Beispiele dafür. Sowohl die Montanunion als auch die EVG-Verträge sind an sich schon so fragwürdig, daß sie auch von unbedingten Anhängern einer „europäischen Integration“ sehr unterschiedlich beurteilt werden. Zudem wurden sie aber zum Teil als Entscheidungen für oder gegen den Westen, zum andern Teil nur noch unter dem Gesichtspunkt des Machtkampfes zwischen Regierung und Opposition betrachtet. Jede gewerkschaftliche Äußerung dazu hatte daher unweigerlich zur Folge, daß die Gewerkschaften in den Streit der Parteien hineingezogen und dem Vorwurf ausgesetzt wurden, daß sie sich als Vorspann einer Partei benutzen ließen.

Sollen, können sich die Gewerkschaften aus solchen Fragen heraushalten, über die ja endgültig sowieso nicht durch sie, sondern durch das Parlament, d. h. durch Parteien, entschieden wird? War es z. B. richtig, so wird gefragt, daß die Industriegewerkschaft Bergbau — in Übereinstimmung mit der Stellung des IBFG — eindeutig für den Schumanplan Stellung genommen hat, wenn sie heute feststellen muß, daß „die Montanunion bisher sowohl für Deutschland als auch für die anderen Teilnehmerstaaten mit Ausnahme Frankreichs überwiegend Nachteile gebracht hat?“

Es ist klar, daß die Gewerkschaften den bequemen Ausweg, „heiße Eisen“ einfach nicht anzufassen, nicht wählen können, wenn sie nicht ihre Pflicht gegenüber den von ihnen vertretenen Arbeitnehmern verletzen wollen. Im Bericht des zweiten Weltkongresses des IBFG heißt es dazu: „Der IBFG hat in den beiden am unmittelbarsten betroffenen Industrien der sechs am Schumanplan beteiligten Länder über 2,2 Millionen Mitglieder. Bereits aus diesem Grunde wäre es unmöglich gewesen, uns nicht für den Plan zu interessieren. Es gab aber noch andere und ebenso zwingende Gründe. Als eine Gewerkschaftsorganisation, die allein in Europa über 20 Millionen Arbeiter vertritt und sich ihrer Rolle beim Wiederaufbau Europas bewußt ist, die ferner überall die Forderung auf eine angemessene Beteiligung an der Verantwortlichkeit für die rationelle Organisation der Schwerindustrien aufgestellt hat, war es nicht nur unsere Pflicht, der Entwicklung der Schumanplanverhandlungen zu folgen — wir mußten unserer Stimme Gehör verschaffen und schließlich unsere Mitglieder in den verschiedenen, von den Verfassern des Planes vorgeschlagenen Einrichtungen vertreten, um die Interessen der Arbeiter zu verteidigen.“

Die Frage kann nicht sein, *ob*, sondern *wie* solche „heißen Eisen“ von den Gewerkschaften anzufassen sind. Sowenig wie die Gewerkschaften — und am allerwenigsten die parteipolitisch neutralen Gewerkschaften — unpolitisch sein können, sowenig können sie sich an der Außenpolitik desinteressieren. Nicht erst außenpolitische Engagements von so weittragender und so langfristiger Bedeutung wie der Schumanplan, der EVG-Vertrag, die Bedingungen eines deutschen Friedensvertrages, wenn es endlich dazu kommen sollte, u. a. haben direkte Rückwirkungen auf den gewerkschaftlichen Aufgabenbereich. Auch schon die allgemeine Orientierung der Außenpolitik ist gewerkschaftlich von Belang, da in ihr ja die Entscheidungen der Einzelfragen im wesentlichen vorbestimmt werden. Und nicht nur das. Die Gewerkschaften spielen, ob sie wollen oder nicht, bei der Durchführung einer jeden nationalen Außenpolitik eine aktive Rolle, wie das besonders im kalten Krieg international sichtbar geworden ist¹⁾.

Die Frage ist nun, wie eine außenpolitische Willensbildung der Gewerkschaften erfolgen kann und wie sodann der gewerkschaftliche Wille politisch zur Geltung zu

1) Vergl. Helmut Wickel: „Gewerkschaften im kalten Krieg“ in Gewerkschaftliche Monatshefte Juli 1951.

bringen ist. Im Aufbau der Gewerkschaften, der ja vor allem an den gewerkschaftlichen Grundfunktionen in den Auseinandersetzungen mit dem sozialen Gegenspieler orientiert sein muß, fehlen die Organe, in denen sich die Klärung der Ansichten der Mitgliedschaft in so hochpolitischen Fragen, wie sie von der Außenpolitik nun einmal gestellt werden, sinnvoll vollziehen könnte. Zu welchen Schwierigkeiten das führt, hat sich im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag drastisch herausgestellt. Die strukturelle Schwäche in dieser Beziehung ist nicht so leicht zu überwinden. Organisatorische Maßnahmen, wie etwa die Schaffung besonderer Ausschüsse für außenpolitische Fragen auf den verschiedenen Stufen des Organisationslebens, würden das Problem nicht lösen, da es sich ja um Entscheidungen handelt, die zumindest von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedschaft verstanden und gebilligt werden müssen. Beim Bundesvorstand des DGB besteht eine außenpolitische Abteilung, die eine ausgezeichnete informatorische Arbeit leistet. Der DGB ist darin, daß er überhaupt eine solche Abteilung hat, den Gewerkschaftsbünden der meisten anderen Länder bereits weit voraus. Aber das Problem der außenpolitischen Willensbildung auf der unteren Ebene der Organisation und in den einzelnen Industriegewerkschaften, auf der schließlich die Stellungnahmen des DGB beruhen müssen, ist damit nicht gelöst. Es soll hier auch keinerlei Patentlösung ausgeklügelt und vorgeschlagen werden. Vielmehr kommt es zunächst darauf an, die ganz besonderen Schwierigkeiten aufzuzeigen, die auf diesem, wie auf vielen anderen Gebieten für die Gewerkschaften dadurch entstanden sind, daß ihr Verantwortungsbereich sich sprunghaft ausgedehnt hat und sie nun erst in die neuen Verantwortungen hineinwachsen müssen.

Das ist keine auf die Bundesrepublik beschränkte Schwierigkeit. Der Widerspruch zwischen der Fülle der Aufgaben und den vorhandenen Kräften tritt jedoch in Deutschland infolge der Unterbrechung der Kontinuität der Entwicklung krasser in Erscheinung als in anderen Ländern, in denen sich die Kräfte einigermaßen im Gleichschritt mit den Aufgaben entwickeln konnten. Es ist kein Zufall, daß die britischen Gewerkschaften nach dem Kriege in der Lage waren, einen Außenminister vom Format eines *Ernest Bevin* zu stellen. Auch die amerikanischen Gewerkschaften weisen bereits eine Anzahl von Führern mit bemerkenswertem Weitblick für außenpolitische Zusammenhänge auf.

Durch den Hinweis auf die Entwicklung in den britischen und amerikanischen Gewerkschaften ist unsere Frage nach der außenpolitischen Willensbildung in gewerkschaftlichen Organisationen immerhin in der Tendenz beantwortet. Wenn man sich auch im allgemeinen kaum darauf verlassen kann, daß mit dem Amt auch der Verstand kommt, so doch darauf, daß sich für neue und große Aufgaben nach einiger Zeit auch immer Kräfte finden, die den nötigen Verstand mitbringen und sich die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen aneignen. Es ist wesentlich, daß diese Kräfte in den Gewerkschaftsorganisationen heranwachsen und sich dort entfalten können, da nur dann eine Gewähr gegeben ist, daß sie an die neuen Aufgaben aus gewerkschaftlichem Denken und mit der nötigen Einsicht in die gewerkschaftlichen Erfordernisse herangehen. Das erst ermöglicht es ihnen, ein echtes Verständnis für die Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Entscheidungen in den außenpolitischen Fragen, die ja fast niemals eindeutig, sondern fast immer sehr vielschichtig sind, in der Mitgliedschaft zu wecken und den Boden für fruchtbare außenpolitische Diskussionen zu bereiten. Nur dadurch können die Voraussetzungen für eine sachliche und informierte Willensbildung der Gewerkschaften in den großen außenpolitischen Fragen geschaffen werden, auf der die Politik der Gewerkschaftsführung basieren muß, wenn sie in der nationalen Politik Beachtung finden und Gewicht haben soll.

Für die Geltendmachung gewerkschaftlicher Gesichtspunkte in der Außenpolitik schließlich gilt dasselbe, was überhaupt auf die politische Wirksamkeit der Gewerkschaft

zutrifft: Die Gewerkschaften sind keine Partei und können nur über die Parteien und die öffentliche Meinung politisch wirken. Je klarer, geschlossener und überzeugender sie ihre Gesichtspunkte und Ziele vertreten können, um so eher können sie sie in den Parteien und der öffentlichen Meinung durchsetzen. Zudem sind die Gewerkschaften in zahlreichen internationalen Gremien von größerem oder geringerem Einfluß vertreten. Die Mitarbeit in diesen, Gremien verstärkt nicht nur den internationalen gewerkschaftlichen Einfluß. Sie ist gleichzeitig eine außenpolitische Schule für Gewerkschafter.

Eine ganz besondere und auf längere Sicht immer bedeutender werdende Rolle bei der Herausarbeitung außenpolitischer Erkenntnisse und Gesichtspunkte der Gewerkschaften fällt zweifellos dem IBFG und seinen Regionalorganisationen zu. Schon die Gründung des IBFG als Ergebnis der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus war ein gewerkschaftlicher Schritt von weltpolitischer Bedeutung. Dem Aufbau, der Mitgliederzahl und der geographischen Reichweite nach überragt der IBFG den früheren IGB weit, noch viel mehr aber der Wichtigkeit der Aufgabenstellung nach. Die Berichte über die Erfahrungen, Schwierigkeiten und Widerstände beim Aufbau freier Gewerkschaften in Asien und Afrika, über die große Hilfe der amerikanischen und europäischen Gewerkschaften bei diesem Aufbau, aber auch über die Fehler, die unvermeidlich bei einer so neuen Aufgabe unterlaufen, sind überaus wertvolle und aufschlußreiche Materialien zum Studium internationaler politischer Zusammenhänge unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten, die leider noch nicht annähernd ausreichend für die politische Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre ausgewertet werden. *Wer hat schon eine klare Vorstellung davon, wieviel vom Gelingen oder Mißlingen der Versuche, eine machtvolle demokratische Gewerkschaftsbewegung in Asien und Afrika zu schaffen, für den Ausgang des Ost-West-Konfliktes und darum auch für den Kampf um die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands abhängt?* Internationale Konferenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion können nichts erreichen, so lange die Moskauer Machthaber darauf hoffen können, daß die sozialen und nationalen Bewegungen der farbigen Völker von kommunistischen Kadern erobert und den Zielen des Kreml dienstbar gemacht werden. Freie und unabhängige Gewerkschaften sind unerlässlich, wenn die soziale und nationale Erneuerung dieser Länder nicht nur zur nationalen Unabhängigkeit, sondern zugleich zur Besserung des Lebensstandards der Massen führen soll.

So sehr haben sich die internationalen Bedingungen seit dem ersten Weltkriege verschoben, daß heute die Freiheit und der wirtschaftliche Standard der westlichen Welt davon abhängen, daß die früher vom Westen ausgebeuteten kolonialen und halbkolonialen Völker schnell zu unabhängigen Nationen sich entwickeln und lernen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, ohne daß sie während der unvermeidlichen gewaltigen Schwierigkeiten der Übergangsperiode dem Kommunismus zum Opfer fallen. Diese Konstellation der Kräfte auf dem weltpolitischen Theater gibt den Gewerkschaften als einer internationalen Bewegung eine solche Bedeutung, daß jede Regierung mit ihnen als einem Faktor der Außenpolitik rechnen muß. Von den Berufspolitikern und Diplomaten wird das oft noch nicht begriffen oder zumindest nicht gern zugegeben.

Daß die große Masse der einfachen Gewerkschaftsmitglieder sich über diese Zusammenhänge nicht sonderlich den Kopf zerbricht, ist an sich weder verwunderlich noch bedenklich. Im Gegenteil. Es muß immer als ein Krisensymptom gewertet werden, wenn außenpolitische und internationale Fragen zum Gesprächsthema von jedermann werden. Da aber von der Gegenwart kaum jemand behaupten wird, daß international alles in schönster Ordnung ist, sollte gerade die Tätigkeit des IBFG zumindest in den Funktionärskreisen der Gewerkschaften wesentlich mehr diskutiert werden, als es geschieht — und sei es nur, damit an diesen Diskussionen sich das außenpolitische Denken der Gewerkschaften schult, an das in Zukunft wachsende Anforderungen gestellt werden.